




Baden-Württemberg
MINISTERIUM FÜR INTEGRATION

Ministerium für Integration Baden-Württemberg • Postfach 10 34 64 • 70029 Stuttgart

Herrn
Clemens Hauser
Freiburger Wahlkreis 100% e.V.
Bayernstraße 8
79100 Freiburg

Datum 29.06.2012
Name Pampel
Durchwahl 0711 33503-200
Aktenzeichen -
(Bitte bei Antwort angeben)

 **Kommunales Wahlrecht für Migrantinnen und Migranten**
Ihr Schreiben vom 04.05.2012

Sehr geehrter Herr Hauser,

wir danken Ihnen im Auftrag von Frau Ministerin Öney für Ihr Schreiben vom 5. Mai 2012 und Ihr Engagement für ein kommunales Wahlrecht für Migrantinnen und Migranten. Die späte Beantwortung bitten wir zu entschuldigen.

Sie stellen zu Recht fest, dass sich die Regierungsparteien im Koalitionsvertrag für ein aktives und passives kommunales Wahlrecht für Migrantinnen und Migranten auch aus Nicht-EU-Staaten ausgesprochen haben. Zugleich gilt bei der Umsetzung der politischen Ziele das Ressortprinzip. Für Fragen des Kommunalwahlrechts ist das Innenministerium federführend zuständig. Für Fragen des Verfassungsrechts des Bundes hat landesintern das Justizministerium die Federführung.

Die von Ihnen angesprochene Gesamthematik der politischen Teilhabe ist aber selbstverständlich auch ein originäres Anliegen des Integrationsministeriums. Da unser Haus für das Staatsangehörigkeitsrecht zuständig ist, gehen wir dieses Thema schwerpunktmäßig von dieser Seite an, zumal für eine Änderung des Artikels 28 GG derzeit noch nicht die erforderlichen Mehrheiten in den Gesetzgebungsorganen vorhanden sein dürften.

Wir wollen möglichst vielen Migrantinnen und Migranten die politische Teilhabe in Baden-Württemberg, nicht nur auf kommunaler Ebene, im Wege der Einbürgerung ermöglichen. Dies erscheint uns integrationspolitisch, vor allem aber im Hinblick auf die Möglichkeit einer möglichst umfassenden, auch landespolitischen Teilhabe ein konsequenter Ansatz zu sein. Wir haben zu diesem Zweck begonnen, schrittweise Einbürgerungserleichterungen einzuführen und wollen auf diesem Weg noch weiter vorankommen. Darüber hinaus wollen wir mit einer Einbürgerungskampagne, die vor kurzem mit einem Ideenwettbewerb eingeleitet wurde, stärker unmittelbar auf Migrantinnen und Migranten zugehen und für die Einbürgerung werben.

Wir hoffen, Sie teilen unsere Auffassung, dass man sich dem gemeinsamen Ziel der politischen Teilhabe der bei uns lebenden Migrantinnen und Migranten auf verschiedenen Wegen nähern kann. Hierzu gehört konsequenterweise auch die Einbürgerung.

Mit freundlichen Grüßen



Joachim Pampel